

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Handelsvertrag

Am 18. Dezember wurde der erste Handelsvertrag zwischen der BRD und der VRCh in Peking paraphiert. Es ist der dritte Handelsvertrag, den die VRCh bisher offiziell (nach Italien und Österreich) mit einem westlichen Land abgeschlossen hat. Der Vertrag gilt gemäß den EWG-Bestimmungen bis 1974. Nach der FAZ-Meldung vom 19. Dezember aus Peking geht es in den neun Paragraphen des Vertrages im wesentlichen um die Meistbegünstigung des Handels, den Zahlungsverkehr und die Einsetzung einer gemischten Kommission. "Entsprechend der tatsächlichen Lage", wie es wörtlich heißt, wird Westberlin in den Anwendungsbereich des Vertrages einbezogen (Welt 19.12.). Der chinesische Vizeaußenminister Ch'iao Kuan-hua hat bei einem Gespräch mit der deutschen Delegation unter Sonderbotschafter Hermes nach dem materiellen Abschluß der Verhandlungen offen ausgesprochen, daß die Behandlung Berlins durch China ein Beweis für das lebendige Interesse sei, das China an der BRD habe. Er hoffe, daß dieses Gefühl nicht einseitig sei (FAZ 19.12.). Es ist interessant, daß das Auswärtige Amt in Bonn zu gleicher Zeit in einem Schreiben an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, darum gebeten hat, Taiwan in Zukunft keine neue Hilfe zu gewähren. Das Auswärtige Amt begründet seine Bitte mit dem Hinweis, daß "die Regierung der Volksrepublik China auch uns gegenüber an ihrer bekannten Politik des Alleinvertretungsanspruches festzuhalten wünschte, und die deutsche Seite hat dazu keinerlei Vorbehalte geäußert" (FAZ 20.12.). Nach derselben Meldung von FAZ hat ferner auch Außenminister Scheel während seiner Besprechungen in Peking darauf hingewiesen, daß die BRD weder diplomatische Beziehungen noch amtliche Kontakte zu Taiwan unterhalte (zur Westberlin-Klausel und der Taiwan-Formel vgl. C.a. Juli 72, S. 17, und Okt. 72, S. 14 f.).

WESTEUROPA

(2) Frankreich: Pompidou Ende 1973 in der VRCh

Präsident Pompidou will im Herbst 1973 die VRCh besuchen, und zwar vor seiner Visite in Japan, die für Januar 1974 angesetzt ist. Ein genauer Termin für die China-Reise liegt noch nicht vor (Le Monde 14. Dez.).

(3) EWG: VRCh berichtet über "Freihandelszone"

Peking berichtet sachlich über die Pläne der EWG, zur Errichtung einer "Freihandelszone" mit den Mittelmeerländern als Ersatz für die bestehenden bilateralen Abkommen ein umfassendes generelles Abkommen auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet abzuschließen. Sollten die Verhandlungen mit den einzelnen Staaten des Mittelmeeres auf keine Hindernisse stoßen, würde das Abkommen am 1. Janu-

ar 1974 in Kraft treten. Mehr als 10 südeuropäische, nordafrikanische und westasiatische Länder würden dann in die Freihandelszone miteinbezogen.

Peking versäumt es aber nicht, gleichzeitig auf die amerikanische Opposition gegen diesen Plan sowie auf die möglichen Konfliktpotentiale zwischen Freihandelszone und sowjetischem Engagement in einem Teil dieser Gebiete hinzuweisen (PRu 1972, No. 47, S. 24).

Chinas Interesse an Europa besteht in seiner ganzen Intensität seit dem sowjetischen Einmarsch in Prag. Der 21. August 1968 brachte die eigentliche Wendung der chinesischen Europa-Politik mit sich. Seitdem wurden freundschaftliche Beziehungen mit Jugoslawien und Rumänien, vor allem aber mit den Ländern Westeuropas, angestrebt. Mit Ausnahme von Irland, Spanien und Portugal haben heute sämtliche westeuropäische Länder offizielle Beziehungen mit China aufgenommen. Seit kurzem existiert im chinesischen Außenministerium auch eine Abteilung für europäische Angelegenheiten, die bisher in der Abteilung für Amerika und Ozeanien mitbehandelt wurden. Besonders intensiv sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Westeuropa. 1970 waren nach Japan (mit 822,7 Mio. US-Dollar) die EWG-Staaten (mit 606,3, davon die BRD mit 253,7 Mio. DM) wichtigster Handelspartner noch vor Hong Kong (358,6); der Handel mit EWG und EFTA (335,8), zusammengenommen, übertraf sogar den mit Japan. Demnächst kommt es voraussichtlich auch zu einer interkontinentalen Luftverbindung. Zwischen China und Westeuropa gibt es z.Zt. eigentlich nur ein einziges düsteres Thema, nämlich die Europäische Sicherheitskonferenz, die China offensichtlich nicht ruhig schlafen läßt, da an ihrem Ende die Entlastung der Sowjetunion in Europa stünde. (Chinas Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitskonferenz ist wörtlich abgedruckt in C.a.72, Übers.35).

(4) NATO: Peking wünscht starkes Westeuropa

Eine französische Parlamentarierdelegation unter Leitung von Gaston Defferre, dem Bürgermeister von Marseille, hatte Gelegenheit, mit dem Vizepräsidenten des Nationalen Volkskongresses, Kuo Mo-jo, am 8. Dezember ein Gespräch zu führen. Kuo machte seine Gesprächspartner darauf aufmerksam, daß China die "Finnlandisierung" Europas befürchte, falls dieses sich mit der Sowjetunion auf einen Zustand der "Entspannung" einließe. Am Ende stünde ein entwaffnetes Europa den Sowjets ähnlich gegenüber wie heute das weitgehend wehrlose Finnland. Deswegen sollten sich die Europäer weiterhin den amerikanischen Nuklearschirm erhalten und außerdem - ähnlich wie China - in Zukunft auf mehr Luftschutzkeller und Vorbeugungsmaßnahmen gegen potentielle sowjetische Angriffe bedacht sein (Le Monde, 10.12.).

Die veränderte Haltung der VRCh gegenüber der NATO, die bis zur Kulturrevolution als "aggressiver NATO-Block" attackiert worden war, zeigt sich auch in der Berichterstattung über die NATO.

Die militärische Macht der NATO wird nicht abgeschwächt werden; man muß dem Warschauer Pakt von der Position der realen Stärke entgegentreten. Angesichts der Konferenz über

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben die NATO-Staaten wachsam das Problem der ständigen Verstärkung und Expansion der sowjetischen Streitkräfte ins Auge zu fassen.' Das sind z.B. die Kernpunkte der chinesischen Berichterstattung über die Dezebembertagung der NATO-Außen- und -Verteidigungsminister in Brüssel (NCNA, 12.12.72). Chinas Nachrichtenagentur stellt dabei in sachlicher Weise lediglich westliche Agenturberichte vor - eine Methode, die die Volksrepublik in den letzten Jahren schon verwendete, um ihr gewandeltes Verhältnis zur EWG zum Ausdruck zu bringen.

Bis zur Kulturrevolution war der Atlantikpakt von Peking als der "aggressive NATO-Block" attackiert worden, mit dem der US-Imperialismus einerseits Europa selbst kontrollieren könne, andererseits ein festes Bollwerk gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder errichtet habe. Peking wurde nicht müde, vor dem westdeutschen Expansionismus und Militarismus, dem wilden Revanchismus Bonns zu warnen: Die BRD wollte seinerzeit über die multilaterale Atomflotte (MLF) ihren "Finger am atomaren Abzug" haben (Pre Nr.43, 23.10.1964, S.20-21; Pre Nr.52, 25.12.1964, S.23). Sie sei von den USA als billiges Werkzeug in Europa und als tragender Pfeiler der NATO gefördert worden. Allerdings betonten die Chinesen schon in den frühen 60er Jahren mit Nachdruck die Widersprüche zwischen den USA und den europäischen NATO-Partnern, die die amerikanische Hegemonie abzuschütteln versuchten. Besonders waren in chinesischen Augen die Grundlagen des Militärblocks erschüttert, als Frankreich im April 1964 seine NATO-Marineoffiziere während des Zypern-Konflikts abzog und im Juni 1966 ganz aus dem militärischen Teil des NATO-Bündnisses ausstieg (Pre Nr.19, 8.5.1964, S.38). Die "zentrifugalen Kräfte" des Paktes schienen nun tatsächlich Sprengkraft erlangt zu haben.

Pekings Neuorientierung gegenüber der NATO (FEER, 18. 11.1972, editorial) hat also anstelle der Polemik gegen das imperialistische Militärbündnis eine neutrale bis zustimmende Bewertung des Atlantik-Paktes gesetzt. Die Umbewertung der EWG als "wirtschaftlicher Arm des NATO-Blocks", die sich seit 1968 ankündigte, ist vorausgegangen. Die NATO wird als antisowjetisches Verteidigungsbündnis aus der Peking-Perspektive auch in Zukunft um so positiver bewertet werden können, je mehr sich in ihr Kräfte gegen den dominierenden "US-Einfluß" regen und der Pakt sich in erster Linie als regionaler militärischer Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten darstellen läßt. Eine solche Perspektive ist allerdings nicht ohne Gewalttätigkeit zu zeichnen, denn schließlich bezieht der NATO-Pakt neben den USA Griechenland und die Türkei (bis 1962 auch Algerien), d.h. den Mittelmeerraum, den Nordatlantik nördlich des Wendekreises des Krebses sowie den Ärmelkanal und die Nordsee (Channel Command) mit ein.

Ideologisch kann China diesen Stellungswechsel in eine neue Globalperspektive einordnen. Statt des früheren bipolaren Antagonismus sozialistischer und kapitalistischer Länder steht heute der Kampf zwischen den Supermächten und der Dritten Welt im Vordergrund. NATO und EWG sind geeignete Werkzeuge des Widerstandes der europäischen Zwi-

schenzone gegen die USA, hauptsächlich aber gegen den sowjetischen Sozial-Imperialismus. China handelt durchaus folgerichtig, wenn es eine Vereinte-Front-Politik der Zusammenarbeit mit Westeuropa anstrebt. Solche Taktik mag über das Paradox hinweghelfen, daß die Volksrepublik zu einer immer engeren Zusammenarbeit mit westlichen kapitalistischen Ländern kommt, während die Kontakte zum sowjetischen Kommunismus und Moskaus osteuropäischen Satelliten seit Jahren auf ein Minimum reduziert werden.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) Sowjetunion: Werben um Japans KP

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS berichtete ausführlich über Spannungen zwischen Japans KP und Peking (TASS engl., 16.12.72). Nachdem die sowjetische Presse die Erhöhung der Mandatszahl der KP Japans im Unterhaus von 14 auf 38 als unerwartet glanzvollen Sieg beschrieben hatte, bedient sich nun die sowjetische Agentur der Argumente des offiziellen Organs der KPJ, Akahata: Peking habe erst verzögert über das Wahlergebnis gemeldet sowie Verleumdungen und Beleidigungen auf die KP Japans und den Vorsitzenden des ZKs, K. Miyamoto, gehäuft. Schon vor den Wahlen am 2. Dezember habe Chinas Agentur Hsinhua Japans KP angegriffen und die Liberaldemokratische Partei mit Lobesworten bedacht. Fazit: Pekings Führung halte an der Position der Großmächteinmischung fest.

(6) Sowjetunion: VRCh unterstützt Japans Forderung nach Rückgabe der nördlichen Kurilen

Am 13. Dezember beschuldigt die Iswestja die chinesische Regierung, sie habe Japan dazu aufgewiegelt, von der Sowjetunion die Rückgabe der bei Ende des 2. Weltkrieges besetzten vier nördlichen Kurileninseln zu verlangen.

In dem Kommuniqué zwischen Chou En-lai und Tanaka (vgl. dazu C.a. September S.31) ist von einer solchen "Aufwiegelung" zwar nicht die Rede, doch ist allgemein bekannt, daß Peking den japanischen diesbezüglichen Vorstellungen positiv gegenübersteht. Schon in seinem Gespräch mit Mitgliedern der japanischen sozialistischen Partei vom 2. September 1964 hatte Mao Tse-tung hervorgehoben, daß die Kurilen dem japanischen Volk gehörten und ihm deshalb von Rechts wegen zurückgegeben werden müßten.

(7) Sowjetunion: Empfang zum 50. Jahrestag in der Pekinger Botschaft

Obwohl die VRCh nicht zu den Feierlichkeiten in Moskau eingeladen worden war, gab der sowjetische Botschafter V.S. Tolstikow in der sowjetischen Botschaft in Peking einen Empfang zum 50. Jahrestag, an dem einige stellvertretende Minister (aus dem Außenministerium, dem Verteidigungsministerium und dem Außenhandelsministerium) teilnahmen (NCNA 14.12.).

(8) Sowjetunion: Grenzzwischenfall 1971 bestätigt

Berichte über einen sowjetisch-chinesischen Grenzzwischenfall im November sind durch Nachrichten über weitere Vorfälle ergänzt worden. Zunächst hieß es, daß ein Dokument, welches eine Auseinandersetzung russischer Truppen an der Grenze Kazachstan beschreibt, unter russischen Journalisten zirkuliert habe. Von ihnen sei es westlichen Beobachtern bekanntgemacht worden. Am 12.12. hatten das chinesische Außenministerium sowie ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums offiziell solche Kämpfe, bei denen fünf sowjetische Soldaten ums Leben gekommen sein sollen, dementiert (Observer 15.12.).

Die "Kazachstanskaya Pravda" vom 21.12. bestätigte nun in einem Artikel über Grenztruppen, daß ein sowjetischer Soldat erschossen worden sei, als er und zwei andere Mitglieder eines Grenztrupps mit Eindringlingen nahe der Grenze zu China in ein Gefecht verwickelt wurde (IHT 22.12.72). Das Provinzblatt präziserte, der Zusammenstoß habe im Herbst 1971 in der Nähe von Uch-Aral, einer kleinen Stadt 45 km von der chinesischen Grenze entfernt, stattgefunden.

Nachdem die UdSSR zunächst die westliche Grenze gegenüber der chinesischen Provinz Sinkiang verstärkt hatte, ist der Schwerpunkt des militärischen Ausbaus seit etwa einem Jahr besonders an der Grenze zu den "Meeresprovinzen" verstärkt worden, von deren Verteidigungsbereitschaft die Sicherheit von Vladivostok, Rußlands Haupthafen und Seebasis am Pazifik, abhängt (CSM 19.12.).

(9) Sowjetunion: bereit, "geographische" Veränderungen anzuerkennen?

Nach einem Bericht der ungarischen Zeitung "Mayarorszag" aus Moskau soll es sich in den Grenzverhandlungen mit der UdSSR bei der chinesischen Forderung um "einige Zehntausende qkm" (nicht um 1,5 Mio. qkm, wie man im Westen gern behauptet) handeln. Die Sowjetunion sei allerdings nur bereit, "einige Dutzend Flußinseln" an China abzutreten, die seit Abschluß der Ungleichenen Verträge durch "Veränderungen im Verlauf der Grenzflüsse" im strittigen Gebiet nun am chinesischen Ufer liegen (vgl. C.a. Nov.72, Übers.9).

NORDAMERIKA

(10) USA: China wünscht Präsenz der USA in Asien

Eugene V. Rostow, früherer Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, der heute an der Yale-Universität lehrt, gab in der "New York Times" eine Einschätzung des gegenwärtigen Dreiecksverhältnisses zwischen USA, Sowjetunion und China, die im großen und ganzen auch den Ansichten der wichtigsten Entscheidungsträger in der amerikanischen Außenpolitik entsprechen dürfte. Diese Überlegungen sind nicht neu, aber doch so interessant, daß sie hier kurz skizziert seien: Die Chinesen hätten sich auf Verhandlungen mit den USA nicht wegen des "Charmes" von Henry Kissinger eingelassen, sondern weil die USA die einzige Macht der Welt seien, die einen sowjetischen Angriff auf

China abschrecken könnten. Deswegen auch habe das Hauptaugenmerk der Chinesen bei den Verhandlungen jener im Kommuniqué von Shanghai zum Ausdruck kommenden Klausel gegolten, daß weder China noch die USA eine sowjetische Hegemonie in Asien wünschten.

China sei also an einer stabilen amerikanischen Präsenz in Fernost interessiert. Auch mit Vietnam und Korea sollten Abmachungen getroffen werden, die mit den amerikanischen Interessen und Verpflichtungen vereinbar sind; schließlich sei in den Augen Pekings ein starkes Europa und ein starkes Japan wünschenswert. "Das allerletzte, was China sich wünscht, wäre ein Amerika, das im Fernen Osten erniedrigt wird und sich sodann verbittert in die Isolation zurückzieht".

Obwohl es das Hauptziel der chinesisches-amerikanischen Vereinbarungen gewesen sei, einen Angriff der Sowjetunion auf China abzuschrecken, sollten die USA doch stets im Auge behalten, daß sich dieses Bündnis nicht einseitig gegen Moskau richten sollte. Vielmehr komme es für Amerika darauf an, mit China und der Sowjetunion gleichermaßen freundschaftliche Beziehungen zu entwickeln. Dieses Ziel könne am besten erreicht werden, wenn Washington seine Beziehungen zu Westeuropa und Japan noch mehr konsolidiere (IHT, 18.12.).

LATEINAMERIKA

(11) Pekings Stellungnahme zu einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika

Am 14. November 1972 gab Außenminister Chi P'eng-fei gegenüber dem mexikanischen Botschafter in China eine Erklärung ab, in der feierlich versichert wird, daß China in dem kernwaffenfreien Gebiet Lateinamerika weder Kernwaffen einsetzen noch lagern, noch testen werde (Wortlaut abgedruckt in PRu 1972, No.47, S.7).

Diese Erklärung bezieht sich auf einen am 11.2.1967 von 21 lateinamerikanischen Ländern formell angenommenen "Vertrag für das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika". In dem Vertrag wird festgelegt, daß die Unterzeichner auf ihrem eigenen Territorium keine Kernwaffen testen, anwenden, konstruieren, produzieren oder besitzen dürfen und daß sie keine Kernwaffen irgendwelcher Art annehmen, lagern, installieren bzw. stationieren dürfen. Nukleares Material darf nur zu friedlichen Zwecken verwendet werden. Darüber hat ein besonderes Organ zu wachen.

In zwei Anhängen werden Länder außerhalb der kernwaffenfreien Zone aufgefordert, diesen Vertrag zu respektieren. Bisher hatten 22 lateinamerikanische Länder den Vertrag unterzeichnet, der im Mai 1969 in Kraft trat.

Im Dezember 1971 wurde auf einer Sitzung des politischen Ausschusses der 26. Tagung der UNO-Vollversammlung ein Resolutionsentwurf diskutiert, in dem alle Länder, die Kernwaffen besitzen, aufgefordert wurden, das Zusatzprotokoll No.2 zum Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Vor allem die Nuklearländer würden sich dadurch verpflichten, jegliche gegen den Geist des Vertrages verstößende Aktion zu vermeiden.

AFRIKA

(12) Chou En-lai nach Afrika?

Gemäß Berichten der pakistanischen Presse soll Ministerpräsident Chou En-lai Ende Januar oder Anfang Februar Pakistan einen Besuch abstatten. Anschließend werde Chou noch mehrere Länder des Nahen Ostens und Afrikas besuchen (NZZ 9.12.). Auch der ägyptische Stellvertretende Ministerpräsident Mahfus hat bestätigt, daß Chinas Ministerpräsident Chou En-lai 1973 eine Reise in afrikanische Staaten unternehmen werde und dabei Ägypten einen Besuch abstatten wolle (Mena 5.12.). Dies wäre ein Zeichen für das wiedergewonnene Vertrauen Chous in die Stabilität der neuen Machtstruktur in Peking. Noch vor einigen Monaten, als eine Parlamentarierdelegation aus Paris den Premier nach Frankreich einladen wollte, lehnte dieser mit Entschiedenheit ab (Le Monde 11.2.).

NAHOST

(13) Ägypten: Im Visier der chinesischen Außenpolitik

Mit der Ausweisung der sowjetischen Militärberater aus Ägypten hatten die ersten Anzeichen für ein neues Engagement der Chinesen in Ägypten eingesetzt. Die ersten Schritte der zukünftigen chinesischen Wirtschaftshilfe an die VAR hatten sich abgezeichnet, nachdem Ende August eine ägyptische Industriedelegation nach Peking abreiste. Die VRCh hatte Ägypten eine Anleihe in Höhe von 80,5 Mio. Dollar zum Bau von Fabriken gewährt. Inzwischen traf eine Gruppe von 9 chinesischen Experten in Kairo ein, um das Projekt für die Errichtung einer Ziegelei zu prüfen. Das Projekt der Ziegelei war seinerzeit von den ägyptischen Besuchern der chinesischen Regierung als eines von acht verschiedenen Projekten vorgeschlagen worden. Die chinesische Delegation verhandelte über eine Beteiligung an der Errichtung von insgesamt 8 Fabriken für die Erzeugung von Fertigungskleidung, Armierungseisen, Bausteinen usw. Für einen drei- bis sechsmonatigen Versuchsbetrieb soll China Ägypten dabei mit Rohstoffen beliefern. Chinas Anleihe, die Ägypten schon im Jahre 1965 zugesagt worden war, beläuft sich auf 238,135 Mio. französische Francs. Sie ist ab Januar 1981 in 20-Jahres-Raten zurückzuzahlen (Mena 19.12.72, ddp 20.12.72).

Bisher hatten Chinas Freundschaftsbeziehungen an die Adresse Kairo immer im Schatten der durch Militärhilfe unentbehrlichen Sowjets gestanden. Die sich heute wieder erwärmenden Beziehungen müssen darum aus Pekings Sicht als ein Stein im strategischen Schachspiel der chinesischen Nordafrika- und Mittelostpolitik gesehen werden. Während die Interessen der USA sich weiterhin auf den Suez-Kanal als Verbindung zwischen der 6. Flotte im Mittelmeer und der 7. Flotte im Indischen Ozean konzentrieren und 90% der US-Investitionen in der Erdölindustrie festliegen, ist das sowjetische Interesse lediglich auf Flottenbasen gerichtet zur Unterstützung der sowjetischen Eskadra im Indischen Ozean. Man will eine Barriere entlang der Südwestgrenze Chinas schaffen, die bis ins östliche Mittelmeer reichen soll. Mit der Abwehr dieser Zangenbewegung ist ein

zentrales Ziel der chinesischen Nahostpolitik fixiert. Die VRCh stellt daher auch an diesem Punkt der Erde ihre Abneigung gegen die Supermächte unter Beweis, indem sie die lokalen Interessen der Anrainerstaaten gegen die Globalinteressen der beiden Großmächte vertritt.

(14) Israel: Spekulationen über Kontakte

Nach israelischen Zeitungsberichten hat sich die Regierung in Jerusalem mit rumänischer Vermittlung um Kontakte zu Peking bemüht, um diplomatische oder andere Beziehungen aufzunehmen. Die Zeitungen "Maariv" und "Jediotha Aharonoth" schrieben am 22.12.72 jedoch übereinstimmend, bisher sei keine Antwort aus Peking auf die israelische Initiative hin erfolgt. Israel soll seine Kontakte über den rumänischen Außenminister Macovescu ausgedehnt haben. Macovescu hatte sowohl Israel als auch China besucht. Das israelische Außenministerium hat zurückhaltend kommentiert, ihm 'sei von den Berichten nichts bekannt' (NZZ 24.12.72).

(15) Südjemen: Chinesisches Sicherheitsteam

Nach Angaben eines südjemenitischen Senders ist ein chinesisches Team in der Vierten Provinz des Südjemen eingetroffen, um Straßen zu prüfen und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen gegen Minen, sowie Angriffe der Kommandogruppen der Nationalen Vereinten Front auf den Straßen vorzuschlagen. Der Provinzgouverneur mußte zum Schutze der chinesischen Fachleute eine Miliz-Einheit abstellen (Monitor 5.12.).

Am 6.12. weihte Südjemens Ministerpräsident in der Ostprovinz des 3. Gouvernements eine Brücke ein, ein jemenitisch-chinesisches Gemeinschaftsprojekt (Monitor 11.12.72).

ASIEN

(16) Hong Kong: Touristen und Grenzgänger

Im abgelaufenen Jahr kann Hong Kong zwei neue Rekorde verzeichnen: Anfang Dezember kam der einmillionste Tourist des Jahres 1972. Weit weniger begeistert wurde die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß wahrscheinlich 20 000 (nach anderer Quelle 28 500) Flüchtlinge aus der VRCh in die Kronkolonie gekommen sind. Von diesen illegal Einreisenden konnten allerdings lediglich 5100 arretiert werden (1971 lag diese Zahl bei 3694).

(17) Japan: Vorbereitende Gespräche über Regierungsabkommen

31 japanische Regierungsbeamte unter Leitung des beauftragten Stellvertretenden Außenministers Fumihiko Togo führten in Peking vorbereitende Gespräche für Verhandlungen über Regierungsabkommen zwischen beiden Staaten. Sie informierten dabei die chinesische Seite, u.a. repräsentiert durch den beauftragten Stellvertretenden Minister für Außenhandel Liu Hsi-wen und Wang Kuo-chuan, beigeordneter Direktor des Asienbüros des Außenministeriums. (IT 1.12.).

Die Delegation verließ China am 4.12. Weiterführende Verhandlungen werden erwartet für ein Luftfahrtabkommen zu Beginn 1973 (hierbei ist die Frage der taiwanesischen Flugrechte in Japan akut. Japan möchte daher die Flugrechte der taiwanesischen China Air Lines auf die Strecke Okinawa-Tai-

pei beschränken, was CAL die Möglichkeit nehmen würde, ihre internationalen Routen über Japan zu nehmen (JT 22.12.).

(18) Japan: Eröffnung der Botschaft in Peking am 10.1.1973

Wie der japanische Chargé d'Affaires für die Botschaft in Peking, Yuichi Hayashi, am 26.12. erklärte, wird die japanische Botschaft am 10.1.73 unter seiner Leitung ihre Arbeit aufnehmen (JT 27.12.).

Einer der ersten Aufträge für die Botschaft wird die Klärung des Verbleibs von 3000 Japanern sein, die nach Angabe des japanischen Gesundheits- und Wohlfahrtsministeriums nach Ende des Krieges nicht repatriert wurden (JT 27.12.72).

(19) Beistandszusage Chou En-lais an Tanaka?

Bei den Gesprächen zwischen Chou En-lai und Tanaka soll der chinesische Ministerpräsident den Japanern versichert haben, daß China im Falle eines Angriffs der Sowjetunion gegen das Inselreich diesem zu Hilfe kommen werde. Als Tanaka dem chinesischen Premier zu verstehen gab, daß die Verdoppelung der japanischen Verteidigungsaufgaben innerhalb der nächsten fünf Jahre lediglich dem Zwecke einer besseren Landesverteidigung, keinesfalls aber irgendwelchen Auslandsoperationen gelte, soll Chou versichert haben, China sei mit einem "vernünftigen Wachstum" der japanischen Streitkräfte als potentielltem Gegenwicht gegen die aggressiven Pläne der Sowjetunion in Asien durchaus einverstanden (New York Times, zitiert IHT 15.12.72).

Obwohl eine größere chinesisch-sowjetische Militärauseinandersetzung unmittelbar wohl kaum zu befürchten ist, kann man sich doch vorstellen, daß Peking darauf bedacht ist, mit allen Gegnern zweiten Ranges einstweilen "das Kriegsbeil zu begraben". Insofern sind Gerüchte von einem solchen Beistandsversprechen Chous, so merkwürdig sie auf Anhieb klingen, doch nicht ganz von der Hand zu weisen.

(20) Korea: Chi P'eng-fei in Nordkorea

Vom 22. bis 25.12. hielt sich Chinas Außenminister Chi P'eng-fei in Nordkorea auf. Dabei fand Koreas Politik der "unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung" die volle Unterstützung der Chinesen. Außenminister Chi wiederholte die Forderung nach Abzug amerikanischer Streitkräfte, die in Südkorea "unter dem Aushängeschild der Vereinten Nationen stationiert" seien, sowie nach Auflösung der "UN-Kommission für die Wiedervereinigung Koreas" (Hsinhua 25.12.).

(21) Nepal: Staatsbesuch in der VRCh erfolgreich

Mitte November startete der Premierminister des Königreichs Nepal, Kirti Nidhi Bista, der VRCh einen Besuch ab und wurde am 17. November von Mao Tse-tung empfangen. Bei dem Bankett am 15. Nov. hob Chou En-lai besonders hervor, daß sich die nepalesische Regierung und das nepalesische Volk beständig um eine "Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Blockfreiheit" bemüht habe. Sie habe "Widerstand gegen Erpressung von

außen geleistet und die nationale Unabhängigkeit und die staatliche Würde verteidigt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk bewundern und würdigen den Geist Nepals sehr, brutaler Gewalt zu trotzen und Kämpfe zu wagen" (PRu 1972 No.47, S.5).

Ohne Zweifel war mit diesen Hinweisen der Versuch Indiens gemeint, in Nepal stärkeren Einfluß zu gewinnen (Näheres hierzu C.a., Juni, S.23 ff.).

In Peking wurde auch ein Abkommen über Wirtschaftshilfe unterzeichnet, in dem die Chinesen ihrem Vertragspartner vier neue Projekte versprechen, und zwar:

- eine moderne Textilfabrik, deren exakte Ausmaße noch nicht näher festgelegt sind, deren Erstellung sich aber auf rd. 18 Mio. US Dollar belaufen dürfte;

- den Bau einer 60 km langen Straße, welche die erst vor kurzem fertiggestellte Ost-West-Straße mit Gorkha und Narayanghat in Zentral-Nepal verbindet. Damit werden vielversprechende Regionen in Zentral-Nepal der nationalen Volkswirtschaft erschlossen.

Überhaupt hat sich ja China bisher als Pionier des nepalesischen Straßenbaus erwiesen (Näheres C.a., Mai, S.6).

- Einrichtung einer Elektro-Bus-Linie zwischen Kathmandu und Bhaktapur

- und schließlich den weiteren Ausbau der bereits von den Chinesen errichteten Ziegel- und Dachziegelfabrik.

Die neuen chinesischen Verpflichtungen sind politisch umso brisanter, als die Nepalesen vor kurzem von Moskau brüsk mit einem Antrag auf Wirtschaftshilfe für vier Projekte abgewiesen wurden. Diese Zurückweisung muß den nepalesischen Premierminister Bista um so stärker betroffen haben, als er ja vor erst einem Jahr die sowjetische Hauptstadt besucht hat. Moskau soll seinerzeit einen langfristigen Friedens- und Freundschaftsvertrag nach denselben Richtlinien vorgeschlagen haben, wie er bereits zwischen Moskau und Neu Delhi sowie Dakar besteht. Bista soll damals erwidert haben, daß ein solcher Vertrag zwischen beiden Ländern bereits bestehe und daß deshalb kein neuer erforderlich sei (FEER 16.12.1972, S.28).

(22) Vietnam: Stärkerer anti-amerikanischer Akzent

Das US-Bombardement Nordvietnams führte zu verstärkten Protesten der VRCh und verstärkter diplomatischer Aktivität. Hanoi Politbüro-Mitglied Truong Ching, No.2 der DRV nach Partei-Generalsekretär Le Duan, der noch vor Premierminister Phan Van Dong rangiert, kam nach Peking, um sich der weiteren Unterstützung der VRCh zu versichern (18.12.). Le Duc Tho, Politbüro-Mitglied und Verhandlungspartner des US-Präsidentenberaters Kissinger in Paris, flog gleichzeitig - von Moskau kommend - in Peking ein, wo er sich mit den sowjetischen Führern abgestimmt hatte (IHT 19.12.). Offizielle Stellen in Peking verwiesen auf die Rede Chou En-lais vom 13.12., in der der Ministerpräsident den Vietnamesen volle Unterstützung zusagte. In einer Erklärung des Außenministeriums der VRCh vom 20.12. wird das "neue barbarische Verbrechen gegen das vietnamesische Volk" verurteilt und die DRV-Stellungnahme wiederholt, die Nixon-Regierung versuche vergeblich, mit Bomben

und Granaten eine Lösung aufzuzwingen (PRu 51, 26.12., S.8). Hsinhua übernahm dazu stärkere Äußerungen des Chefs der kambodschanischen Exil-Regierung Sihanouk: "Der teuflische Präsident der USA hat seine Luftwaffe ausgeschickt, die bereits von der Menschheit verflucht wird, weil sie die grausamsten und gräßlichsten Verbrechen verübt hat." (NCNA 25.12.). Ein scharfer Protest in eigener Sache wurde als dringende Erklärung über Hsinhua verbreitet (22.12.). Peking protestierte gegen die Beschädigung des chinesischen Handelsschiffes "Rote Fahne No.149" im Hafen von Haiphong.

Ende Dezember wurde Pekings Vietnamhilfe durch die Unterzeichnung eines Warenlieferungs- und Zahlungsabkommens für das Jahr 1973 unterstrichen, das chinesische Lieferungen von allgemeinen Waren und chinesische Hilfeleistungen in Form vollständiger Projekte betrifft (NCNA 27.12.).

Einen triumphalen Empfang bereitete Peking am 27.12. der Außenministerin der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams und Delegationsleiterin bei der Pariser Vietnam-Konferenz, Frau Nguyen Thi Binh, die zu einem fünftägigen offiziellen Freundschaftsbesuch in die VRCh gekommen war (Hsinhua 29.12.).

(23) Indischer Ozean: VRCh unterstützt "Friedenszone"

Chen Chu hat am 6. Dezember vor dem 1. Ausschuss der UNO-Vollversammlung den bereits 1971 von der ceylonesischen Ministerpräsidentin, Frau Bandaranaike, gemachten Vorschlag, den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens zu erklären, erneut unterstützt. Er wies darauf hin, daß die von den beiden Supermächten verstärkt verfolgte Kanonenboot-Politik unter dem Aushängeschild der sogenannten Freiheit der Meere Hauptursache für die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im Indischen Ozean sei. Es sei dringend erforderlich, "die militärische Expansion und den Streit um die Vorherrschaft im Indischen Ozean zwischen den beiden Supermächten zu stoppen, alle ausländischen Militärstützpunkte aus der Zone des Indischen Ozeans zu entfernen, alle fremden Streitkräfte abzuziehen, allen Nuklearländern die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen im Indischen Ozean zu verbieten sowie ihnen zu untersagen, ihre Kriegsschiffe und Militärflugzeuge vom Indischen Ozean aus zu Übergriffen auf die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Küsten- und Hinterlandstaaten des Indischen Ozeans einzusetzen". "Der Indische Ozean gehört den Ländern und Menschen dieser Region" (NCNA, 6.12.) (Vgl. auch "Sri Lanka und Pekings antisowjetische Ziele im Indischen Ozean", C.a. August, S.23 ff.).

AUSTRALIEN

(24) Diplomatische Beziehungen zu Australien und Neuseeland

Nach zweiwöchigen Verhandlungen in Paris hat am 22.12. Australien diplomatische Beziehungen mit der VRCh aufge-

nommen. Am gleichen Tag vollzog Neuseeland nach Verhandlungen der beiden Länder im Hauptquartier der UNO in New York den gleichen Schritt (Hsinhua 22.12.72). Die Diplomaten beider Länder in Taiwan werden bis Ende Januar Taipei verlassen (Welt 23.12.71). Schwierigkeiten hatte während der Verhandlungen gemacht, daß Peking die "Kanadische Formel" nicht akzeptierte und auf die ausdrückliche Anerkennung ihres Anspruchs auf Taiwan bestand. Die Fortsetzung der australischen und neuseeländischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Taiwan sind davon nicht betroffen (NZZ 21.12.).

Auf dieses Ziel hatte Peking seit geraumer Zeit geschickt hingearbeitet. Bis vor den Wahlen hatte sich Chou En-lai die Aktionsfreiheit auf allen Ebenen offengehalten. Neben den Mitteln der Volksdiplomatie, inoffiziellen Beziehungen durch genau plazierte Einladungen und Freundschaftsbesuche auf privater Ebene, waren zunächst Chinas einziger Draht nach Australien die engen Beziehungen zu der von E.F. Hill geführten kommunistischen Partei. Die konservative Regierungspartei hatte sich im Vorjahr seit der Ankündigung von Oppositionsführer Whitlam's Peking-Reise widerstrebend zu Kontakten bereitgefunden. Im Juli 1971 trafen sich offizielle australische und chinesische Vertreter erstmals in Paris. Allerdings schränkte der vorherige Ministerpräsident McMahon noch vor dieser Wahl ein, man werde sich keinesfalls den chinesischen Bedingungen beugen. Schließlich hätten die wirtschaftlichen Beziehungen auch ohne politisches Einschwenken keinen Schaden genommen, und die Anerkennung Chinas sei nicht von fundamentaler Bedeutung für Australien. Labour-Führer Whitlam galt spätestens seit seiner dem Schröder-Besuch sehr ähnlichen Pekingreise im Juli 1971 als erklärter Chinafreund. Von den realistisch kalkulierenden Chinesen als potentieller Regierungschef empfangen und durch viel China-Publizität mit Munition für den Wahlkampf versorgt, legte er sich schon damals auf eine kompromißlose Linie fest, die in nichts mehr an den früheren Labour-Standpunkt von einem Formosa unter UN-Verwaltung erinnerte. China wird völkerrechtlich anerkannt, die Beziehungen zu Taiwan abgebrochen und die erst 1966 eröffnete Botschaft in Taipei geschlossen. Die Bindung Australiens in internationale Bündnissysteme wird revidiert. Australien zieht seine Truppen und Berater aus Vietnam zurück. Lediglich in zwei Punkten konnte Chou seinerzeit nicht die Unterstützung Whitlams aushandeln: Der Labour-Führer war nicht bereit, in die chinesischen Attacken gegen die Supermacht USA und den Militarismus Japans einzustimmen. Die Sympathien der Großmacht Amerika, die sich Australien für den Konfliktfall im Pazifik erhalten muß, konnte der Sozialdemokrat nichts aufs Spiel setzen. Der zweite Punkt hat sich inzwischen durch die Verbesserung des chinesisch-japanischen Verhältnisses von selbst erledigt. Ähnliche diplomatische Aktivität auf allen Ebenen entwickelte Peking auch in Vorkontakten mit Neuseeland. Die Rolle Whitlam's als von den Chinesen umworbener Botschafter der Sozialdemokratie in die VRCh spielte der Abgeordnete und Wirtschaftsfachmann Warren Freer, heute Minister für Handel und Industrie, der 1973 eine Delegation nach Peking anführen wird. Die jetzt abgewählte konservative Regierung Holyoake hatte sich zwar bereits seit 1969 dem China-Problem gegenüber um Grade offener gezeigt, als man Chinas Verhandlungen mit Italien als

Testfall prüfte. Aber über die Zwei-China-Theorie, besonders, was Pekings Repräsentation in der UNO angeht, war man nicht hinausgekommen.

Unter den neuen sozialdemokratischen Regierungen kündigt sich eine tiefgreifende außenpolitische Neuorientierung bereits jetzt an, die zu einem neuen Selbstverständnis der beiden Länder und ihrer strategischen Position zwischen dem Indischen Ozean und Pazifik führen muß. Beide Staaten lösen sich aus der SEATO, dem ohehin schon moribunden südostasiatischen Verteidigungsbündnis zwischen Pakistan, Australien, Neuseeland, Frankreich, Thailand, den Philippinen und Großbritannien, das unter US-Tutele steht. Frankreich hat diese Entwicklung bereits vor Jahren durch völlige Passivität eingeleitet, Pakistan trat am 8. Nov. 1972 aus. Australien und Neuseeland wollen ihre Sicherheit dafür intensiver dem dreiseitigen ANZUS-Pakt mit den USA übertragen. Beide Staaten geben auch die letzte symbolhafte Unterstützung der USA in Südvietnam auf, Australien zieht die letzten Berater ab, Neuseelands Ministerpräsident verkündete das Ende der Vietnam-Mission auch für die letzten dort verbliebenen Ausbilder. Zusätzlich wird das Fünf-Mächte-Abkommen beider Länder mit Singapore, Malaysia und Großbritannien praktisch liquidiert. Die dort stationierten Truppen sollen gegen den Willen von Singapore, Malaysia und auch Indonesien bis auf Restkontingente abgezogen werden.

Neuseelands und Australiens Schritt wird nicht ohne Rückwirkungen auf die ASEAN-Länder (Thailand, Singapore, Indonesien, Philippinen, Malaysia) bleiben, die sich mit der Aufnahme offizieller Beziehungen zur VR China besonders viel Zeit gelassen haben. Es bleibt abzuwarten, wie weit man sich schließlich mit der Idee des "Neutralismus" in Südostasien anfreunden wird, wie sie in jüngster Zeit vor allem von Malaysia und den Philippinen vorgeschlagen wurde. Ob freilich eine Mitgliedschaft in der ASEAN möglich werden könnte, ist eine Frage von vorerst noch sehr theoretischer Natur.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(25) UNO: Peking werden Taiwans Schulden erlassen

Mit 47 gegen 8 Stimmen bei 20 Enthaltungen hat der Haushalts-Ausschuß der UNO-Vollversammlung eine Entscheidung darüber getroffen, daß die VRCh die rund 57 Mio. Dollar Beitragsschulden der nationalchinesischen Regierung auf Taiwan nicht übernehmen muß. Gegen den Entschluß stimmt Brasilien sowie die Länder des Ostblocks; für den Beschluß vom 16.12. waren die USA und Japan. Es enthielten sich der Stimme sowohl Großbritannien wie auch Frankreich (Le Monde, 19.12., Die Welt, 18.12.72).

(26) UNO: Chinesische Resolutionsvorschläge zu Bangla Desh angenommen

Auf Wunsch der chinesischen Delegation hat die UNO am 29. November gleichzeitig zwei voneinander abhängige Resolutionen ohne Einzelabstimmung angenommen, wonach Bangla Desh zwecks Aufnahme in die UNO zur Repatriierung der pakistanischen Kriegsgefangenen aufgefordert wird (PRu Nr. 49/1972).

(27) UNO: Nahostdebatte

Die UNO-Vollversammlung hat am 8. Dezember eine von Afghanistan und 20 anderen Staaten vorbereitete Resolution über die Situation im Nahen Osten verabschiedet. China hat sich dabei seiner Stimme enthalten.

In der Debatte kam es zu einer erneuten sowjetisch-chinesischen Kontroverse, wobei der chinesische Vertreter Huang Hua den Sowjets indirekte Unterstützung Israels vorwarf. Indem nämlich Moskau den Arabern verbiete, Israel anzugreifen, mit der Begründung, daß ein solcher Angriff globale Konflikte auslösen könne, ermögliche es dem "winzigen Israel, den Raufbold zu spielen und Amok zu laufen." Moskau werde damit zum Komplizen der USA. Der sowjetische UN-Delegierte Malik bezeichnete diese Ausführungen als Demagogie, die letzten Endes nur den USA zugute komme. Im übrigen leiste China dem arabischen Volk keine materielle Hilfe, die sich mit den Leistungen der Sowjetunion irgendwie vergleichen ließe.

(28) UNO: Gewaltverzicht und Kernwaffenverbot

Die VRCh hat am 29. November die Vorschläge der Sowjetunion für Gewaltverzicht in internationalen Beziehungen und für ein permanentes Anwendungsverbot der Kernwaffen abgelehnt; doch konnten die sowjetischen Entwürfe mit einer knappen Mehrheit zur Resolution angenommen werden (NCNA 27.12.; zum chinesischen Standpunkt s. C.a. Nov. 72, S.7).

(29) UNO: Abstimmung über terroristische Akte

Die UN-Abstimmung über "repressive und terroristische Akte" endete mit 76 Stimmen für 'keine direkten Maßnahmen', 34 Stimmen gegen solche Inaktivität und 16 Enthaltungen. Die Mehrheit bestand aus 64 hauptsächlich afrikanischen und asiatischen Delegationen, dazu 12 kommunistischen Regierungen mit der UdSSR und China. Damit hat Chinas Haltung einen abschließenden Ausdruck gefunden, einerseits sich gegen Terrorismus auszusprechen, andererseits aber den Kampf der unterdrückten Nationen, die 'mit revolutionärer Gewalt Widerstand gegen die Konterrevolution' leisten, nicht zu behindern (FEER 23.12.72; vgl. C.a. Okt.72, S.5; Nov.72, No.34).

(30) NOK Japan: China soll ins Olympische Komitee

Das Nationale Olympische Komitee Japans hat sich die Aufgabe gestellt, im Rahmen der neuen japanischen Asienpolitik alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Aufnahme der VRCh in das Internationale Olympische Komitee durchzusetzen. Japans Olympia-Komitee gab eine Fünf-Punkte-Erklärung ab, nach der die internationalen Fachverbände Initiativen entwickeln sollten, um China auf den ihm zustehenden Platz zu bringen (C.a. Sept.72, S.11, No.52, FAZ, 14.12.).

AUSLÄNDER IN DER VRCh

(31) Unauffällige Überwachung ausländischer Reisender und Journalisten

Nach einem Dokument des ZK vom 21. Mai, das erst jetzt be-

kannt wurde, sind genaue Vorschriften für die Überwachung ausländischer Reisender ergangen. Das Dokument warnt vor 'Agenten und Spionen im Auftrag der Imperialisten und der Chiang Kai-shek-Bande', die sich unter die Besucher aus dem Ausland einmischen könnten, um das Land zu infiltrieren. Das vom Partei-Komitee der Provinz Kuangtung nachgedruckte Dokument regelt die Überwachung von ausländischen Staatsangehörigen in offizieller Mission. Nach einem vorher festgelegten Plan sollen sie zur Besichtigung verschiedener Vorzeigmodelle geführt und ein freies Zusammentreffen mit den Volksmassen vermieden werden. Weiter muß die Abteilung, die eine Einreisegenehmigung befürwortet hat, zusammen mit der Abteilung für Öffentliche Sicherheit Personal zur gemeinsamen Überwachung abstellen, um unerlaubte Betätigung zu unterbinden.

Auch Journalisten haben wiederholt auf eine unauffällige, effektive Kontrolle ihrer von Peking aus abgesandten Berichte hingewiesen, so vor Jahren der AFP-Korrespondent Marcuse und im letzten Jahr der Star-Journalist der New York Times, Toppings (Welt, 28.12.).

(32) Weihnachtsgottesdienste in Peking

Zum ersten Mal seit sechs Jahren haben in Peking lebende Ausländer gemeinsam mit chinesischen Christen den Weihnachtsgottesdienst besuchen können (IHT 25.12.). In Pekings katholischer Kathedrale der Unbefleckten Empfängnis nahmen etwa 30 chinesische Katholiken und 270 Ausländer an einer Mitternachtsmesse teil. Etwa 40 Personen, darunter 11 Chinesen, versammelten sich vorher zu einem protestantischen Gottesdienst.

INNENPOLITIK

(33) Staatliche Industrieunternehmen: Rückkehr zum "Ein-Mann-Management"?

"In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Direktive des Vorsitzenden Mao, daß 'das System der Verantwortlichkeit eines einzigen Fabrikdirektors in allen Unternehmen unter der Führung der Parteikomitees einzuführen ist', sollte jedes einzelne Unternehmen einen führenden Genossen bestimmen, der die volle Verantwortung für Produktion und Verwaltung unter der kollektiven Führung der Partei übernimmt." (SWB, 28.10.72). Dieses Ergebnis erarbeitete das Provinzkomitee Kansu der KPCh gemeinsam mit Vertretern der führenden Staatsbetriebe der Provinz auf einer Konferenz vom 10. - 21. Oktober 1972. Der zitierte Beschluß, der einem von Radio Lanchow am 22.10.72 ausgestrahlten Bericht entnommen ist, stellt das in der Kulturrevolution eingeführte System des kollektiven Management durch das Revolutionskomitee in Frage, in welchem Kader, Fachleute und Arbeiter vertreten sind und das in allen Betrieben verwirklicht ist. Die Einsetzung in vollem Umfange allein verantwortlicher Fabrikdirektoren bedeutet, daß die wichtigste organisatorische Neuerung rückgängig gemacht wird, die die Kulturrevolution im Bereich des Industrie-Management gebracht hatte. Obwohl der oben zitierte Bericht bisher der einzige Hinweis auf einen solchen Vorgang geblieben ist, muß damit gerechnet werden,

daß er die künftige Perspektive der Neuordnung des Industrie-Management kennzeichnet. Mehr noch, eine Abnahme der Bedeutung der Revolutionskomitees zugunsten von individuell verantwortlichen Funktionären könnte sich auch in der staatlichen Verwaltung vollziehen.

Vor der Kulturrevolution hatte es das System des "verantwortlichen Direktors unter der kollektiven Führung der Partei" in den Jahren 1956 bis 1958, zwischen dem 8. Parteitag und dem Großen Sprung nach vorn, gegeben. Damals bedeutete seine Einführung, daß die Partei ihre Oberhand über die nur den Ministerien gegenüber verantwortlichen, sonst aber unabhängigen Direktoren der Großindustrie zurückgewann und somit das Fachmanagement der politischen Führung unterwarf (vgl. hierzu Franz Schurmann, *Ideology and Organization in Communist China*, 2. erw. Aufl., Berkeley 1970, pp.284 ff.) Heute, nach den als Anarchismus und Linksextremismus kritisierten Ereignissen der Kulturrevolution, würde die Einführung dieses Systems eher im umgekehrten Sinne wie 1956 bedeuten, daß die Partei die Oberhand über den Demokratismus des Massenmanagement zurückgewinnt, der eine geordnete Industrieproduktion bedroht hat und noch heute beeinträchtigt. 1956 brachte für das Industriemanagement die endgültige Abkehr vom sowjetischen Vorbild des "edinonachalie", chinesisch i-chang-chih: 1-Mann-Management. 1973 kann die gleiche organisatorische Veränderung einen Schritt zurück in Richtung auf das Sowjetvorbild bedeuten.

(34) Mao Tse-tung 79 Jahre alt

Wie üblich gab es am 26.12., dem 79. Geburtstag des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung, keine öffentlichen Feiern in der VRCh. Die Zeitungen berichteten über die Rückkehr des Außenministers Chi P'eng-fei aus Nordkorea, nur der chinesische Kalender erinnerte mit Rotdruck an das Ereignis. Dies geschieht in Übereinstimmung mit der Politik nach der Kulturrevolution, die öffentliche Mao-Verehrung bis zu einem gewissen Grade einzuschränken.

(35) Privatbrief Maos von 1966 in Taiwan veröffentlicht

Die Zeit der großen Offenbarungen scheint gekommen zu sein. Vor allem aus Taiwan wird ein Geheimdokument nach dem anderen in die Welt hinaus entlassen. Neuerdings veröffentlichte die Chung-yang jih-pao (4.11.) einen Brief Mao Tse-tungs vom 8. Juli 1966 an seine Frau Chiang Ch'ing, in dem der Parteivorsitzende über den Fortgang der Ereignisse in China nach seinem Tode philosophierte. In diesem Schreiben ist bereits von Spannungen zwischen ihm und Verteidigungsminister Lin Piao die Rede. Wörtlich heißt es weiterhin: "Falls rechte antikommunistische Elemente einen Staatsstreich versuchen sollten, würden sie nicht lange Ruhe haben. Ihr Regime würde nur von kurzer Lebensdauer sein. Die Rechte kann sich zwar meiner Formeln bedienen, um für einige Zeit an der Macht zu sein, aber auch die Linke kann sich auf meine Aussagen berufen und damit die Rechte stürzen".

Mao hatte den Brief während der Kulturrevolution geschrieben. Zu diesem Punkt führt er aus: "Unsere gegenwärtige Aufgabe besteht darin, die Rechte wenigstens zum Teil aus-